

**Angriff auf die Soziale Selbstverwaltung**

28. August 2019

Liebe Kollegin,  
lieber Kollege,

mit den laufenden Gesetzgebungsverfahren zum Faire-Kassenwahl-Gesetz und zum MDK-Reformgesetz hat das Bundesministerium für Gesundheit zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt, die weitreichende Veränderungen in der Versorgungsmöglichkeiten für die Versicherten sowie massive Eingriffe in die Kompetenzen und Strukturen der Sozialen Selbstverwaltung in den gesetzlichen Krankenkassen vorsehen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften sind zutiefst besorgt über die sich daraus ergebenden Folgen. Es drohen eine flächendeckende Beschädigung der sozialpartnerschaftlich bewährten Einbindung der Interessen von Versicherten und Arbeitgebern in den Versorgungsalltag von Millionen Bürgerinnen und Bürgern sowie eine radikale Umwälzung in der GKV-Versorgungslandschaft. Strukturprinzipien der GKV wie Selbstverwaltung und Subsidiarität werden ebenso wie die Sozialpartnerschaft ausgehöhlt. Das Vertrauen in die demokratische Legitimation des Sozialstaates steht in der Folge auf dem Spiel.

Mit dem *Faire-Kassenwahl-Gesetz* soll der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes künftig nicht mehr aus ehrenamtlichen Vertretern der Krankenkassen, sondern nur noch aus hauptamtlichen Vorständen gebildet werden. Die demokratische Teilhabe am Sozialstaat wird dadurch demontiert, obwohl im Koalitionsvertrag eine Stärkung der Sozialen Selbstverwaltung vorgesehen ist. Zugleich soll die GKV-Kassenlandschaft bundesweit geöffnet werden, um einen bundesweiten Preiswettbewerb aller Kassen untereinander zu befeuern. Damit werden bestehende regionale Versorgungsangebote zurückgedrängt, während der Nutzen für die Versicherten nicht zu erkennen ist.

Durch das *MDK-Reformgesetz* soll erreicht werden, dass die Verwaltungsräte der Medizinischen Dienste der Krankenkassen geschwächt werden, indem ihre Unabhängigkeit durch Integration von Leistungsanbietern und weiteren Interessenträgern in ihre Strukturen geschmälert wird. Gleichzeitig soll der Medizinische Dienst des Spitzenverbandes der Krankenkassen vom GKV-Spitzenverband entzogen werden. Zudem sollen in den Kassen aktive Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter nicht mehr in die Verwaltungsräte der

**Für weitere Absprachen  
wenden Sie sich bitte an:****Markus Hofmann**  
Leiter der Abteilung Sozialpolitik

markus.hofmann@dgb.de

Telefon: 030 24060-133  
Telefax: 030 24060-226Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin

www.dgb.de



MDKen gewählt werden dürfen. Damit droht ein weiträumiger Handlungs- und Prüfkompetenzverlust der Vertreterinnen und Vertreter der Beitragszahler, der für eine bedarfsgerechte und unabhängige Begutachtung für die Versicherten essentiell ist. Statt die Arbeit der Medizinischen Dienste der Krankenkassen zu stärken, werden sie durch diesen Gesetzesentwurf entmachtet und dem Einfluss von Drittinteressen unterworfen.

Als gewählte Vertretungen in der Sozialen Selbstverwaltung der Krankenkassen wären Du und Deine Kolleginnen und Kollegen persönlich von diesen Gesetzesvorhaben betroffen. Wir möchten deshalb betonen, dass der DGB an der Seite aller Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter steht und gegenüber der Bundesregierung, den Ministerien und den Bundesländern vehement gegen die geplanten Eingriffe eintritt. Gleichzeitig braucht es so viele Verbände und Menschen wie möglich, die in dieser Zielsetzung vereint handeln, um genügend politischen Widerstand zu erzeugen.

Dein entschlossenes Eintreten in der Sozialen Selbstverwaltung Deiner Krankenkasse gegen diese Vorschläge ist unverzichtbar und bedeutend, um diese gefährlichen Gesetzesvorhaben noch rechtzeitig abzufangen. Wir bitten Dich deshalb nachdrücklich darum, Dich im Rahmen der Selbstverwaltungsstrukturen Deiner Krankenkasse dafür einzusetzen, dass diese sich eindeutig gegen die Schwächung der MDK-Verwaltungsräte durch Öffnung für Drittinteressen, gegen die Abkopplung der MDK von den Krankenkassen und gegen die Beseitigung der ehrenamtlichen Besetzung des Verwaltungsrates des GKV-Spitzenverbandes positioniert. Außerdem empfehlen wir dringend, mit Deinen Wahlkreisabgeordneten des Bundestages und des Landtages das Gespräch dazu zu suchen und ihnen die weitreichenden Konsequenzen dieser Gesetzesänderungen zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Buntenbach', is written over the printed name.

Annelie Buntenbach

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Hofmann', is written over the printed name.

Markus Hofmann